

„Fenster in die Vergangenheit öffnen“

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR, über die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, falsche Mythen über die Staatssicherheit und die Zukunft ihrer Behörde.

Zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR scheinen teilweise die Rufe lauter zu werden, man solle endlich einen Schlussstrich unter die Tätigkeit der Staatssicherheit ziehen. Ist das aus Ihrer Sicht möglich?

Birthler: Ich höre die Rufe gar nicht so laut. Es gibt die dafür Bekannten, die noch nie etwas von Aufarbeitung gehalten haben und die nach einem Schlussstrich verlangen. Das wäre in einer Demokratie aber eine törichte Forderung. Wie sollte das gehen, wenn man etwa Interviews wie unseres hier verbieten würde? Oder das ganze Thema im Schulunterricht? Man kann Menschen nicht das Nachfragen und Diskutieren über die Vergangenheit untersagen.

Auch die Meinung, dass die Stasi-Unterlagen-Behörde langsam ihre Arbeit abschließen sollte, ist zu vernehmen.

Birthler: Es gibt durchaus Stimmen, die meinen, dass zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution die Akten nicht unter der Aufsicht dieser Behörde verbleiben sollten, sondern besser der allgemeinen Archivverwaltung zu unterstellen wären. Aber das ist eine Minderheitenmeinung, die sich bis jetzt nicht durchsetzen konnte – und dafür gibt es gute Gründe.

Welche Gründe sind das?

Birthler: Wir haben es mit besonderen Unterlagen zu tun, die Daten enthalten, die zu einem nicht geringen Teil mit Menschenrechtsverletzungen verwoben sind. Daraus ergibt sich normalerweise ein striktes Verwendungsverbot. Allerdings rechtfertigt das Ziel der Aufarbeitung einer Diktatur eben doch mit gewissen Einschränkungen die Verwendung der Unterlagen – so lautete eine gerichtliche Entscheidung vor ein paar Jahren. Dafür bedarf es aber besonderer gesetzlicher Regelungen. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ist auf der einen Seite liberaler als das allgemeine Archivrecht, auf der anderen Seite wieder restriktiver. Das ist dem besonderen Charakter der Unterlagen geschuldet.

Wenn man also Akten in Deutschland aus anderen geschichtlichen Perioden

einsehen will, zum Beispiel aus der NS-Zeit, ist das weniger leicht möglich, als bei Akten aus der DDR?

Birthler: Das muss man immer am Einzelfall sehen. Archive unterscheiden in der Regel nur zwischen Personenakten und Sachakten. Sachakten sind ziemlich frei zugänglich, bei Personenakten gilt – unabhängig davon, um wen es sich handelt – ein Verwendungsverbot von mehreren Jahrzehnten. Im Stasi-Unterlagen-Gesetz wird das anders gehandhabt.

Persönlichkeitsrechte werden auch geschützt, aber der Gesetzgeber hat entschieden, dass der Verrat nicht anonym sein soll. Wer für die Staatssicherheit gearbeitet hat, Berichte geschrieben hat,

wer anderen geschadet hat, der kann nicht damit rechnen, dass seine Anonymität geschützt wird. Das ist ein wesentlicher Unterschied zum allgemeinen Archivrecht. Es gab und gibt Versuche, die Veröffentlichung von Namen inoffizieller oder hauptamtlicher Mitarbeiter der Stasi zu verbieten. In einem Fall aus Zwickau hat das Gericht die Veröffentlichung gestattet und klargestellt, dass ein Verbot der Nennung der Namen ein Rückschlag für die Aufarbeitung gewesen wäre.

Wenn man von Aufarbeitung spricht, geht es oft auch um die Frage nach Versöhnung. Ist eine Versöhnung von Opfern und Tätern heute, nach zwanzig Jahren, denkbar?

Birthler: Das Wort Versöhnung ist sehr anspruchsvoll. Aber selbst wenn man es benutzt: In meinem Verständnis von Versöhnung ist die Wahrheit Voraussetzung. Nach jedem Konflikt müssen erst einmal die Karten auf den Tisch. Klarheit über das, was geschehen ist, ist die Voraussetzung für Versöhnung und jeglichen zivilen Umgang mit Menschen miteinander.

Haben Sie den Eindruck, dass von ehemaligen Tätern aus dem Kreis der Staatssicherheit diese Karten nicht auf den Tisch gelegt wurden und werden?

Birthler: Es ist eher die Ausnahme, wenn sie es tun. Wenn ich aber von Versöhnung spreche, geht es mir gar nicht nur um die Versöhnung zwischen Tätern und Opfern, denn das ist oft eine sehr persönliche Sache. Mindestens so wichtig ist mir, dass Opfer der Staatssicherheit, der Diktatur, sich auch mit ihrem eigenen Schicksal versöhnen und zur Ruhe kommen können. Und da ist es nach all unseren Erfahrungen eine wichtige Voraussetzung, dass die Opfer nachvollziehen können, wer ihnen etwas antun wollte, wie bestimmte Dinge geschehen und zu erklären sind. Die Einsicht in die Akten, die über einen selbst angelegt wurden, das Nacherleben, ist häufig ein belastender Prozess, aber es kann auch eine ganz wichtige Voraussetzung dafür sein, wieder einen freien Blick nach vorne zu haben.

ZUR PERSON



Marianne Birthler

wurde 1948 in Berlin geboren. Nach dem Abitur (Matura) und einem Fernstudium der Außenhandelswirtschaft arbeitete sie in der Kinder- und Jugendarbeit der evangelischen Kirche. Ab 1986 engagierte sie sich aktiv in verschiedenen Oppositionsgruppen der DDR. Ende 1989 wurde sie Mitglied des „Runden Tisches“ der DDR; 1990 wurde sie bei den ersten freien Wahlen in der DDR Mitglied der Volkskammer. Vom „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1990 bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 war sie Abgeordnete des Bundestages und Sprecherin der Fraktion „Die Grünen/Bündnis 90“. Von 1990 bis 1992 fungierte sie in Brandenburg als Ministerin für Bildung, Jugend und Sport. In der Folge engagierte sich Marianne Birthler bis 1999 in der Bundestagsfraktion der „Grünen/Bündnis 90“. Am 29. September 2000 wurde sie vom Deutschen Bundestag zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewählt.

<http://www.bstu.bund.de>

Als das Ministerium für Staatssicherheit Anfang 1990 aufgelöst wurde, hieß es aus dem zuständigen Komitee, dass es „eine Zeit“ brauchen werde, alle Strukturen und Verzweigungen des MfS offen zu legen. Sind der Aufbau und die Arbeitsweise des MfS heute zur Gänze bekannt?

Birthler: Zu den Strukturen und zur Arbeitsweise wissen wir heute sehr viel. Das Thema ist keineswegs ausgeforscht, aber es gibt zahlreiche Publikationen mit gesicherten Erkenntnissen. Mit Blick auf die Wirkungsweise der Staatssicherheit ist hingegen immer noch viel zu erforschen, auch wenn wir bereits Erkenntnisse besitzen. Besonders wichtig erscheint mir, noch genauer zu erfahren, wie die Staatssicherheit mit der SED, mit Massenorganisationen zusammengearbeitet hat, im so genannten „politisch-operativen Zusammenwirken“. Die SED steht manchmal in der Wahrnehmung ein bisschen im Hintergrund, dabei war sie ja der eigentliche Auftraggeber der Stasi. Die Stasi war der wichtigste „Dienstleister“ der SED. Es ist wichtig, dass nicht nachträglich der Eindruck entsteht, die SED-Diktatur war vor allem die Stasi oder sie habe sich von dieser abgeleitet.

Die Stasi wird heute teilweise als „Staat im Staat“ betrachtet, als Geheimdienst, der völlig eigenständig und ohne Kontrolle durch die SED operieren konnte. Inwieweit ist das nach Ihrem Forschungsstand zutreffend?

Birthler: Das ist nicht zutreffend. Die Staatssicherheit nannte sich selbst stolz „Schild und Schwert der Partei“ – und das ist eine „Dienstleistungsfunktion“ für die SED gewesen. Als Schild, um die Partei zu schützen, und als Schwert, um Gegner unschädlich zu machen – wie die Praxis immer wieder gezeigt hat. Die DDR von der Staatssicherheit aus erklären zu wollen, kann in die Irre führen.

Gibt es noch andere Beispiele für „populäre Irrtümer“, die über die Stasi kursieren?

Birthler: Ein weiterer Irrtum, der sehr weit verbreitet ist, betrifft die Dimensionen der Staatssicherheit. Ich stelle immer wieder fest, dass der Anteil der Stasi-Mitarbeiter in der Bevölkerung weit überschätzt wird. Meistens liegen die Schätzungen bei 20 bis 30 Prozent und es gibt dann immer großes Erstaunen, wenn ich berichte, dass es



Bundesbeauftragte Marianne Birthler: „Es gibt noch eine ganze Menge in der Aufarbeitung zu tun.“

weniger als zwei Prozent waren. Ich erkläre mir diese Fehlwahrnehmung damit, dass es so etwas wie eine „gefühlte Überwachung“ gab. Die Staatssicherheit wollte, dass die Menschen in der DDR das Gefühl haben, hinter jeder Ecke könnte jemand von ihnen stehen. Hinzu kommt, dass manche früheren Stasi-Mitarbeiter versuchen den Eindruck zu erwecken, es sei normal gewesen, für die Staatssicherheit zu arbeiten. Das ist aber falsch. Wir haben zahlreiche Beispiele in den Akten gefunden, die belegen, dass es auch in der DDR als unanständig galt, Mitmenschen zu verraten, und dass die Mehrheit derer, die von der Staatssicherheit angeworben wurden, die Mitarbeit verweigert hat. Das sind Geschichten, auf die die Menschen stolz sein können, denn sie wussten ja nicht, was ihnen dadurch passieren würde.

Das Leben in der DDR wird heute zum Teil durch die Brille einer gewissen „Ostalgie“ gesehen, die die „guten alten Zeiten“ hervorstreicht. Wie stehen Sie als ehemalige Bürgerrechtlerin in der DDR zu diesen Tendenzen?

Birthler: Es kommt darauf an. Wenn ich von mir spreche und ich denke an die DDR zurück, dann gibt es Dinge, an die ich mich gerne erinnere. Manchmal werde ich zum Beispiel bei alten Filmausschnitten, bei Chören ganz rührselig. Das finde ich normal und das ist auch

nichts, wofür man sich entschuldigen müsste. Schwieriger wird es, wenn sich so ein milder Blick in die Vergangenheit auf das politische System der DDR bezieht und die Diktatur nicht mehr als Diktatur bezeichnet oder das Unrecht und das Leid beschönigt wird. Das muss man deutlich unterscheiden – nicht nur um der Vergangenheit Willen und weil das eine Beleidigung der Opfer wäre, sondern auch, weil wir für die Gegenwart und für die Zukunft eine klare Unterscheidung zwischen Freiheit und Demokratie auf der einen Seite und Diktatur und Entmündigung auf der anderen Seite brauchen.

Wie schätzen Sie das Wissen von Schülern über die DDR und die Stasi ein? Die heutige Schülergeneration war noch nicht geboren, als die Mauer fiel.

Birthler: Es zeigt sich immer wieder, dass der Umstand, in der DDR gelebt zu haben und Zeitzeuge gewesen zu sein, keineswegs garantiert, einen freien Blick auf die Verhältnisse zu haben. Andererseits kenne ich sehr viele junge Leute oder Leute aus dem „Westen“, die ein gereiftes Verständnis und Urteilsvermögen über die dortigen Verhältnisse haben. Wir erleben in den letzten Jahren einen Anstieg des Interesses unter Jugendlichen, obwohl Geschichte eher ein Minderheitenthema ist. Gerade an wichtigen Jahrestagen rückt es aber wieder in den Vordergrund.

In letzter Zeit haben sich mehrere Jahrestage angeboten. 20 Jahre Mauerfall im November 2009, 20 Jahre deutsche Einheit im Oktober 2010 ...

Birther: Ja, und nächstes Jahr wird sich der Mauerbau zum fünfzigsten Mal jähren. Auch jenseits dieser Anlässe ist aber großes Interesse aus Schulen und Universitäten zu bemerken, zum Beispiel von jungen Leuten, die eine Masterarbeit oder Dissertation zur Thematik schreiben wollen. Und das ist für mich auch leicht erklärbar, denn die Themen, um die es hier geht, sind zeitlos: Freiheit, Mündigkeit, Entmündigung, Verrat, Zivilcourage, Macht, Verhalten von Menschen unter Druck.

Wie kann man junge Menschen heute für die Vorgänge in einem Staat interessieren, der seit zwanzig Jahren nicht mehr existiert?

Birther: Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen: Ich war bei einer Diskussion mit Schülern in einer Gesamtschule in Saarbrücken und habe dort erzählt, dass meine Töchter in der DDR kein Abitur machen durften. Man hatte ihnen damals gesagt: „Bei den Eltern wird das nichts.“ Plötzlich war ich mit den Schülern in der Debatte, ob politische Entscheidungen, die die Eltern treffen, auch Auswirkungen auf ihre Kinder haben dürfen. Meine Kinder haben selbst nicht entscheiden können, dass ihre Mutter eine Oppositionelle ist. Konnte ich ihnen zumuten, dass sie deshalb solche Nachteile in Kauf nehmen mussten? Unter den Jugendlichen gab es dazu ganz unterschiedliche Ansichten; diese Diskussion war sehr spannend.

Durch Kino- und Fernsehfilme ist die Stasi in den letzten Jahren vermehrt ins Zentrum der Aufmerksamkeit eines breiten Unterhaltungspublikums gerückt. Haben derartige Verfilmungen einen Nutzen bei der Aufarbeitung?

Birther: Wenn sie seriös gemacht sind, können sie durchaus nützlich sein. Es gibt einen prominenten Film, „Das Leben der Anderen“, über den man unterschiedlicher Auffassung sein kann. Einerseits ist die Geschichte selbst ein Märchen – so etwas konnte es nicht geben, wenn man weiß, wie die Stasi gearbeitet hat. Auf der anderen Seite zeichnet der Film ein sehr sensibles Bild von der Situation in der Mitte der achtziger Jahre und wie Menschen in einer Diktatur reagieren: Die einen mit Verrat oder mit Verzweiflung, andere werden mu-



Amtsgebäude der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: „Klarheit über das, was geschehen ist, ist die Voraussetzung für Versöhnung und jeglichen zivilen Umgang von Menschen miteinander.“

tig. Es gibt natürlich auch andere Filme, die eher flach sind oder bei denen falsche Töne hineinkommen.

Können Filme ein Vehikel sein, um Vergangenes wieder ins Bewusstsein zu rufen?

Birther: Absolut. Wir merken auch durch den Umgang mit Jugendlichen, dass ganz konkrete Geschichten von Menschen viel eindrucksvoller sind, als ein theoretischer Beitrag über die Strukturen der Staatssicherheit. Wir haben daher einzelne Fälle aus den Stasi-Akten für den Schulunterricht aufgearbeitet. Wir bieten Faksimiles der Originalakten und Erläuterungen für die Lehrkräfte. Mit den Fällen können sich junge Menschen identifizieren: Zum Beispiel eine 16-jährige, die von der Stasi angeworben wird, ihre Mitschüler zu verraten. Oder ein Punker mit langen Haaren, der wegen seiner Einstellung pausenlos überwacht und schlecht behandelt wird. Wir öffnen damit Fenster in die Vergangenheit, die wieder lebendig wird.

Mit dem Ende der DDR vor zwanzig Jahren gab es plötzlich viele Bedienstete des früheren Sicherheitsapparates, die eine neue Beschäftigung gesucht haben. Der Vertrag über die deutsche Einheit gestattete grundsätzlich, ehemalige MfS-Mitarbeiter aus dem Staats-

dienst zu kündigen, falls diese „gegen die Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen“ haben. Hätte man bei diesen Kündigungen aus Ihrer Sicht strenger sein können?

Birther: Die Antwort auf diese Frage ist schwierig. Gemessen daran, was in anderen Ländern nach dem Ende einer Diktatur passiert ist, haben wir durchaus viel erreicht. Wir haben allseits akzeptierte Institutionen, die sich der Aufarbeitung widmen, die Opfer werden entschädigt und haben eine öffentliche Stimme, wir haben geöffnete Archive. Dann aber gibt es eine andere Seite, wo Opfer teilweise in der Nähe des Existenzminimums leben, während Leute, die sie verhört haben, staatliche Renten bekommen. Wir haben es mit Umfragen zu tun, die teilweise erschreckendes Unwissen über die Diktatur, oder auch eine Verharmlosung zeigen. Menschen, die schwer geschädigt sind, etwa als Opfer jahrelanger Haft, fühlen sich am Rande der Gesellschaft. Vielleicht war es damals ein Fehler, die SED nicht zu verbieten und die Staatssicherheit nicht zu einer verbrecherischen Organisation zu erklären. Im Nachhinein muss man kritisch betrachten, was gut gelaufen ist und was weniger gut. Und da finde ich von beidem etwas.

Deutschland wurde durch die Einheit 1990 plötzlich deutlich größer. Wäre es

SPEDITION KRIDTNER

1140 Wien, Nisselgasse 12

☎ **894 62 10**

Fax 894 62 10/DW 20 • e-mail: office@kridtner.at

MÖBELTRANSPORTE - LAGERUNGEN

• Ihr Spezialist • Möbeltransporte • Übersiedlungen • Lagerungen • Prompt und zuverlässig

DI. RICHARD ANZBÖCK

STAATLICH BEFUGTER UND BEEIDETER ZIVILINGENIEUR FÜR SCHIFFSTECHNIK

ALLGEMEIN BEEIDETER UND GERICHTLICH ZERTIFIZIERTER SACHVERSTÄNDIGER
FÜR WASSERFAHRZEUGE UND SCHIFFBAU

1190 WIEN, GUGITZGASSE 8/29

TEL.: 01/320 88 93

MESSBRIEFE

TECHNISCHE BERATUNG

FAHRRAD MECHANIKER



GEPRÜFTER
FAHRRADMECHANIKERMEISTER

1160 WIEN
DEGENASSE 37

☎ 01 / 485 57 32

WOLFGANG BRUNNER

MO, MI u. FR von 9^h – 13^h u. 15^h – 18^h

teicht jöchl

RECHTSANWÄLTE

Dr. Gerhard Jöchl
Rechtsanwalt

Rathausstraße 19/DG/53
1010 Wien

Tel: + 43 1 405 92 20

Fax: + 43 1 408 51 94

E-Mail: tj@ra-joechl.at

INTERVIEW

aus Ihrer Sicht überhaupt möglich gewesen, alle Polizei- und Sicherheitskräfte zu entlassen, ohne damit die Aufrechterhaltung der Sicherheit in den neuen Ländern zu gefährden?

Birthler: Das vermag ich nicht zu sagen. Ich bin zunächst froh, dass der Apparat des Staatssicherheitsdienstes damals ersatzlos aufgelöst wurde. In anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks sind zumindest Teile der Geheimpolizei in neue Geheimdienste oder Auslandsnachrichtendienste übernommen worden. Eine solche Weiterführung war in Deutschland bewusst nicht gewollt. Trotzdem hat die Bundesregierung Anfang der neunziger Jahre durchaus eine Politik der Integration betrieben. Es ist nicht wenig Personal aus der Administration der DDR in den öffentlichen Dienst von Bund und Ländern übernommen worden. Ich hätte mir gewünscht, dass in besonders sensiblen Bereichen – etwa in unserer Behörde – gänzlich auf solche Übernahmen verzichtet worden wäre, vor allem aus symbolischen Gründen. Es kommen traumatisierte Personen ins Haus und für die ist es eine beängstigende Vorstellung, dass sie Leuten begegnen, die schon in der DDR-Regierung beschäftigt waren.

Sie sind noch bis 2011 im Amt. Wie sehen Sie die Zukunft der Behörde?

Birthler: Das Stasi-Unterlagen-Gesetz legt fest, dass der oder die Bundesbeauftragte zweimal in dieses Amt gewählt werden kann. Die zweite meiner beiden Amtszeiten endet im März des kommenden Jahres. Der Bundestag wird wohl bis dahin eine Nachfolge für mich bestimmt haben. Es gibt noch eine ganze Menge in der Aufarbeitung zu tun. Beim Aufbau der Behörde hat man gedacht, dass sie nur etwa zehn Jahre gebraucht würde – niemand hat sich damals vorstellen können, wie groß und wie lang anhaltend das Interesse sein würde. Derzeit scheint man sich politisch darauf verständigt zu haben, dass die Behörde noch bis mindestens 2019 fortbestehen soll, das wären dann dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution. Der Bundestag hat die Absicht eine Expertenkommission einzurichten, die anhand unserer Aufgaben völlig ergebnisoffen Vorschläge entwickeln soll, wie es weitergeht. Wichtig ist zunächst, dass es für die kommenden Jahre Planungssicherheit gibt.

Interview: Gregor Wenda

KARNER-BAU

Stipakgasse 25, A-1230 Wien, office@karner-bau.at
Tel: +43 1/698 55 55-22, Fax +43 1/698 55 55-55

